

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Michaela Hustedt, Simone Probst
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Unterstützung der Geothermie durch die Bundesregierung

Während des Geothermischen Weltkongresses, der im Mai 1995 in Florenz stattfand, wurde u. a. die Einrichtung eines neuen Implementing Agreement der Internationalen Energieagentur (IEA) zur Geothermischen Energie beraten. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Industrienationen war die Bundesrepublik Deutschland dort jedoch nicht vertreten.

Zudem wurde jüngst in der Fachöffentlichkeit bekannt, daß die Bundesregierung nicht beabsichtigt, dem IEA-Agreement beizutreten. Im Rahmen dieses Agreements werden verschiedene Vorhaben geplant, darunter zur auch in Deutschland verbreiteten oberflächennahen Nutzung der Geothermie, zu Umweltfragen der Erdwärmenutzung und zur Weiterentwicklung der Hot-Dry-Rock-Technik. Zu diesen Themenkreisen bestehen bereits zahlreiche Kontakte zwischen internationalen Wissenschaftseinrichtungen, die entscheidend zum heute erreichten Wissensstand und zum hohen Standard geothermischer Energienutzungsverfahren beigetragen haben. Die Nicht-Beteiligung am IEA-Agreement hätte deshalb nicht nur erhebliche Auswirkung auf die deutsche Beteiligung an internationalen Forschungs-, Entwicklungs- und Anwendungsvorhaben, sondern auch für die Entwicklung der umweltfreundlichen Energiequelle Erdwärme in Deutschland. Dies wäre jedoch nicht mit dem offiziellen Klimaschutzziel der Bundesregierung zu vereinbaren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Warum war die Bundesrepublik Deutschland auf dem Geothermischen Weltkongreß, an dem neben den meisten OECD-Staaten auch viele Schwellen- und Entwicklungsländer teilnahmen, nicht offiziell vertreten?
2. Beabsichtigt die Bundesregierung das IEA-Implementing Agreement on Geothermal Energy zu unterzeichnen, und wenn nein, warum nicht?

3. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß der deutschen Wissenschaft und Industrie durch die Unterzeichnung der Zugang zu ökologisch und ökonomisch hochinteressanten Forschungs- und Entwicklungs-Kooperationen eröffnet würde, die der Geothermie weltweit Entwicklungsmöglichkeiten auf einem völlig neuen Niveau ermöglichen würden?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung internationale Kooperationen zur Entwicklung Erneuerbarer Energiequellen, und dabei insbesondere der Geothermie, und sieht sie darin nicht einen möglichen Beitrag zu einer umweltgerechteren Deckung des Energiebedarfes der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung das Risiko einer Abkoppelung der deutschen Geothermieforschung von internationalen Kooperationen, insbesondere beim IEA-Agreement on Geothermal Energy?
6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sie gerade nach dem im Sommer erreichten technisch-wissenschaftlichen Durchbruch am europäischen Hot-Dry-Rock-(HDR)Projekt in Soultz-sous-Forets (Frankreich) an der Fortsetzung der internationalen Kooperation interessiert sein müßte?
7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Projekt in Soultz gezeigt hat, daß die Geothermie auch in Deutschland – und auch bei den derzeit extrem niedrigen fossilen Energiepreisen – in der Lage ist, in vergleichbaren geologischen Lagen in die Nähe der Wirtschaftlichkeit zu gelangen?
8. Welche thermischen und elektrischen Potentiale der Erdwärme hält die Bundesregierung in Deutschland bis 2005 und darüber hinaus für realisierbar?

Welche Investitionsmittel wären nach Einschätzung der Bundesregierung dafür notwendig, und welcher Beitrag zur Reduktion von Kohlendioxid könnte damit geleistet werden?
9. Wie viele Mittel aus welchen Haushaltstiteln hat die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren zur Förderung der Geothermie aufgewendet?
10. Wann wird die Bundesregierung der Geothermie, nachdem die Forschungsmittel 1995 um beinahe die Hälfte auf 5 Mio. DM gekürzt wurden, Hilfen zur breiteren Markteinführung gewähren?

Welche Rolle wird dabei die HDR-Technologie spielen, und wann ist an die Errichtung eines Pilotkraftwerkes gedacht?

Bonn, den 18. Dezember 1995

Michael Hustedt

Simone Probst

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

